



Cross-Asset- und Strategy-Research

Das Damoklesschwert schwelender Konflikte

Geopolitik bedroht die Wirtschaft

Heutzutage müssen gute Ökonomen nicht nur gute, nun ja, Ökonomen sein. Daneben braucht unsere Zunft bei all den schwelenden, teils lodernenden Konflikten weltweit auch einen Crashkurs in Geopolitik. Auf den ersten Blick könnte man meinen: wozu? Denn die Kapitalmärkte scheinen sich durch die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten nicht wirklich aus der Ruhe bringen zu lassen. Führende Aktienindizes liegen heute in etwa auf dem gleichen Niveau wie am Vorabend des brutalen Terrors der Hamas und des darauffolgenden Krieges im Gazastreifen. Und auch der Angriff Russlands auf die Ukraine hat die Märkte nicht nachhaltig erschüttert. Also alles nicht so schlimm?

Die schlimmsten Befürchtungen sind bislang ausgeblieben

In der Ukraine haben sich die Truppen an der Front ineinander festgebissen, Geländegewinne hüben wie drüben sind geringfügig. Befürchtungen, die Lage könnte etwa durch Massenvernichtungswaffen eskalieren, sind geschwunden. Und der Krieg zwischen Israel und der Hamas ist bislang regional begrenzt geblieben. Die Furcht, dass der Iran die Straße von Hormus schließen könnte, durch die ein Fünftel des weltweit gehandelten Öls transportiert wird, sinkt. Der Ölpreis liegt schon wieder *unter* seinem Niveau direkt vor der Terroraktion der Hamas.

Die jeweiligen Katastrophenszenarien sind also (noch?) nicht eingetreten. Trotzdem: die geopolitischen Risiken bleiben eine Gefahr für Stabilität und Wachstum der Weltwirtschaft.

Die Rivalität zwischen den USA und China als Top-Risiko

Und man muss ja nicht immer gleich an Krieg denken. Beim Konflikt mit dem größten Potenzial, die globale Wirtschaft in die Knie zu zwingen, wird es wohl keine direkte militärische Auseinander-

**Dr. Moritz Kraemer**

Chefvolkswirt und Leiter Research

LBBWResearch@LBBW.de

10. November 2023

Die Kapital- märkte geben sich gelassen

setzung geben. Ich meine natürlich den wachsenden Antagonismus zwischen den USA und China. Nichts eint die sonst bei fast allem über Kreuz liegenden Republikaner und Demokraten wie das Misstrauen gegenüber China (siehe Abbildung). Und dass China unter Xi Jinping vom Partner zum Rivalen geworden ist, zeigte nicht erst Pekings Haltung zur Aggression Russlands.

Wenn Donald Trump Anfang 2025 wieder ins Weiße Haus einziehen sollte, wird sich der Handelskrieg mit China ausweiten und die geopolitischen Konflikte verschärfen. Die [Unterstützung](#) der USA für die Ukraine wird eingedampft. Im Nahostkonflikt ist eine weniger ausgewogene Positionierung zu erwarten. Die Aussichten für eine Deeskalation stünden schlechter denn je.

Taiwan ist ein bedeutender globaler Wirtschaftsfaktor

Das größte geopolitische Risiko bleibt aber Taiwan. Xi Jinping hat deutlich gemacht, dass er eine [Wiedervereinigung Taiwans](#) mit der Volksrepublik anstrebt. Eine Zwangsverheiratung unter vorgehaltener Waffe hätte katastrophale wirtschaftliche Folgen. Taiwan ist das Zentrum der globalen Chipindustrie. Lieferunterbrechungen würden eine tiefe globale Rezession hervorrufen.

Persönlich glaube ich nicht daran, dass kurzfristig eine Taiwankrise droht. Kritisch könnte es aber werden, wenn sich in China Unmut in der Bevölkerung breit machen sollte, weil die Partei ihren Part des impliziten Gesellschaftsvertrags „politische Kontrolle gegen steigende Prosperität“ in einer schwächeren Wirtschaftsverfassung nicht mehr gewährleisten kann. In solchen Situationen wird gerne die nationalistische Karte gespielt, um so den gesellschaftlichen Schulterchluss wiederherzustellen. Aserbaidshans Präsident Ilham Aliyev hat es jüngst mal wieder in Bergkarabach vorgemacht. Wirtschaft und Geopolitik werden auf absehbare Zeit siamesische Zwillinge bleiben.

Disclaimer:

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und in Liechtenstein. Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beachtet nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

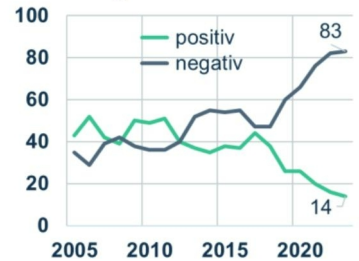
Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.

USA: Öffentliche Meinung zu China



Quelle: Pew Research Center

Wirtschaft und Geopolitik als siamesische Zwillinge
